

Rheingauer Bote.

Rüdesheimer Zeitung.



Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

Nr 134

Erscheint wöchentlich dreimal (Montag, Mittwoch, Freitag). Bezugspreis vierteljährlich Mk. 1.70 ohne und Mk. 2.00 mit illust. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postzuschlag. Telefon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Mittwoch, den 13. November

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile 12 Pfg., für auswärts 20 Pfg., Kleinanzeigen 50 Pfg.; bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Rabatt. Druck und Verlag von A. Reier in Rüdesheim.

1918.

Bekanntmachungen.

Auszug aus dem Protokollbuch des Magistrats zu Rüdesheim a. Rh. Sitzung, am 26. Juli, 1918.

Wertzuwachssteuer.

Beschluss: Vom 1. Juli l. J. soll die Erhebung der Wertzuwachssteuer eingestellt werden.

Der Magistrat:

H. Alberti, Kubale, Brogitter, J. B. Müller, Ehrhard, Bruns, Trapp.

Der Regierungspräsident.

Wiesbaden, den 18. Oktober 1918.

Der Beschluss des Zuwachssteueramts — Magistrats — der Stadt Rüdesheim a. Rh. vom 26. Juli 1918, über die Abnahme von der Veranlagung und Erhebung der Zuwachssteuer mit Wirkung vom 1. Juli 1918 ab, wird auf Ermächtigung der Herrn Minister des Innern und der Finanzen hiermit genehmigt.

L. S.

In Vertretung.
Röhler.

Rüdesheim, den 12. November 1918.

Der Magistrat: Alberti.

Alle diejenigen, welche **Säfer** angebaut haben und weder Selbstversorger noch Jugviehhalter sind, werden ersucht, den gedroschenen Säfer am Donnerstag, den 14. November, vormittags von 10—12 Uhr im Gefellenhaus abliefern zu wollen.

Rüdesheim, den 12. November 1918.

Der Ortswirtschaftsausschuss:
J. A.: C. Benzkofer.

Betr.: Gültigkeit der Fleischkarten (fleischlose Woche).

Nach Fertigstellung der Reichsfleischkarten für die Zeit vom 28. Oktober bis 1. Dezember d. J. ersucht die Festlegung der in dieser Zeit stattfindenden fleischlosen Wochen vom 11. bis 17. Nov. insofern eine Aenderung, als die fleischlose Woche später und zwar auf die Zeit vom 18. bis 24. Nov. d. J. verlegt wurde. Die vor Verlegung der fleischlosen Woche hergestellten Reichsfleischkarten enthalten nun für die Zeit vom 11. bis 17. d. Mts. keine Wochenabschnitte. Da jedoch in der Woche vom 11. bis 17. Nov. eine Fleischabgabe stattfindet, bestimmen wir hiermit, daß die Fleischkartenabschnitte der Woche vom 18. bis 24. Nov. bereits eine Woche früher, also für die Zeit vom 11. bis 17. November 1918 Gültigkeit haben.

Falls ein Versorgungsberechtigter in der Woche vom 11. bis 17. Nov. verreisen, also an der örtlichen Fleischversorgung nicht teilnehmen sollte, ist vor Antritt der Reise durch das zuständige Bürgermeisterei die Gültigkeit der nächstfolgenden Wochenabschnitte der Fleischkarte in jedem einzelnen Falle handschriftlich zu bescheinigen.

Die Herren Bürgermeister werden auf vorstehende Bekanntmachung hingewiesen und ersucht, das Weitere, insbesondere wegen Anweisung der Weges und der beim Fleischverkauf tätigen Personen zu veranlassen.

Rüdesheim, den 9. November 1918.

Der Kreisausschuss des Rheingaukreises.

Der Waffenstillstand.

Der letzte deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 11. November (B. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Bei der Abwehr amerikanischer Angriffe südlich der Maas zeichneten sich durch erfolgreiche Gegenstöße das brandenburgische Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 207 unter seinem Kommandanten Oberstleutnant Hennig und Truppen der 192. sächsischen Infanterie-Division unter Führung des Oberstleutnants v. Zschau und das Infanterie-Regiment Nr. 183 besonders aus.

Infolge Unterzeichnung des Waffenstillstandes wurden heute mittag an allen Fronten die Feindseligkeiten eingestellt.

In den Waffenstillstands-Bedingungen.

Die Räumung des linken Rheinufers.

Berlin, 12. Nov. (B. B.) In dem vollständigen Text der Waffenstillstandsbedingungen heißt es über die Räumung des linken Rheinufer durch die deutschen Armeen wie folgt: Das linke Rheinufer wird durch die örtlichen Behörden unter Aufsicht der Besatzungstruppen der Verbündeten und Vereinigten Staaten verwaltet. Die Truppen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten werden die Besetzung dieser Gebiete sichern, indem sie die hauptsächlichsten Rheinübergänge Mainz, Koblenz und Köln, inbegriffen je einen Brückenkopf von je 30 Kilometer Durchmesser auf dem rechten Rheinufer und außerdem die strategischen Punkte dieses Gebietes besetzen. Auf dem rechten Rheinufer wird eine neutrale Zone geschaffen. Sie verläuft zwischen dem Fluß und einer östlich des Flusses gezogenen Linie. Diese Linie verläuft von der holländischen Grenze bis zur Parallele von Gernsheim 40 Kilometer, von da an bis zur Schweizer Grenze nur 30 Kilometer östlich des Flusses. Die Räumung dieses rheinischen Gebietes (auf dem linken und rechten Ufer) wird so geregelt, daß sie in einem Zeitraum von weiteren 11 Tagen durchgeführt ist, also im Ganzen in 25 Tagen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes.

Artikel 16 lautet: Die Verbündeten sollen freien Zugang zu dem von den Deutschen geräumten Gebiet sowohl über Danzig wie auch über die Weichsel haben, um die Bevölkerung dieses Gebietes versorgen zu können oder auch für jeden anderen Zweck.

Einige Abänderungen der Bedingungen.

Berlin, 12. Nov. Nach einem gestern Vormittag 6.25 Uhr vom Eißelturm gegebenen Funkpruch der deutschen Bevollmächtigten an die deutsche Oberste Heeresleitung sind in den Waffenstillstandsbedingungen noch einige Änderungen vorgenommen worden.

Um die Hauptpunkte zu nennen, steht also nunmehr fest, daß die Entente die Lebensmittelversorgung Deutschlands in dem Maß, in dem sie es als notwendig befinden wird, trotz der Blockade zulassen und daß die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer nur 10 Kilometer breit sein wird, daß ferner (binnen 30 Tagen) nur 5000 statt 10 000 Lastkraftwagen abzuliefern sind, daß die Heimsendung der in der Schweiz und in Holland internierten deutschen Kriegsgefangenen wie bisher fortgesetzt werden soll (während die Rücksendung aller übrigen gefangenen Deutschen erst durch den Vorfriedensvertrag geregelt werden wird) und daß die Räumungsfrist auf 30 Tage verlängert worden ist. Andererseits sind bekanntlich nunmehr sämtliche U-Boote und im übrigen das früher ziffernmäßig benannte Kriegsmaterial usw. abzuliefern. Absehen von der Verschärfung der Bedingungen für die Marine sind also wesentliche

und wenn die Lebensmittelfuhr in billiger Weise gestattet wird, sogar überaus wichtige Erleichterungen eingetreten. — Nachstehend lassen wir die Änderungen der Vertragsbestimmungen im Wortlaut folgen.

1. Dem Paragraph 34 (?) ist ein Paragraph hinzugefügt worden, welcher den deutschen Wünschen entspricht.

2. Aenderung des Absatzes 1 (?): Um die Gefahr zu vermindern, welche mit einer Niederlegung in der neutralen Zone verbunden ist, soll dieser Absatz geändert werden: Eine neutrale Zone wird ferner zwischen der holländischen und der schweizerischen Grenze errichtet am rechten Ufer des Rheines zwischen dem Fluß und 10 Kilometer Abstand davon.

3. Aenderung von Absatz 4. Die Räumung des Gebietes auf dem linken und rechten Rheinufer durch den Feind soll innerhalb eines Zeitraums von weiteren 16 Tagen, also insgesamt von 30 Tagen, nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes durchgeführt werden.

4. Von den Bewohnern der in Frage kommenden Gegend soll niemand wegen Teilnahme am Kriege verfolgt werden, wenn diese in der Zeit vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandes fällt.

5. Der neue Text von Absatz 5 lautet: Es soll keine einzige Wegnahme oder Wertverminderung der industriellen Einrichtungen oder eine wichtige Personalveränderung vorgenommen werden.

6. Der Text von Absatz 3 und 4 soll geändert werden: 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons und 5000 Lastautos mit allen Zubehörsgegenständen. Die Zeit innerhalb 30 Tagen.

7. Absatz 5: Alle Vorräte von Steinkohlen und des Unterhaltungsmaterials, das für den Betrieb auf dem linken Rheinufer erforderlich ist, soll ausgeliefert werden.

Abatz 9 soll folgendermaßen abgefaßt werden: Das Recht der Requisition soll durch die Armeen der Alliierten und der Vereinigten Staaten nach der Regelung durchgeführt werden, die mit den befugten Behörden getroffen werden wird.

Dem Absatz 2 wird folgender Satz hinzugefügt: Trotzdem soll die Repatriierung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und in der Schweiz interniert sind, so weiter fortgesetzt werden wie bisher. Die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen soll (im übrigen) bei Schluß der Friedensunterhandlungen geregelt werden.

Alle deutschen Truppen, die sich jetzt in Gegenden befinden, die vor dem Krieg einen Teil von Österreich, Rumänien oder der Türkei ausmachten, sollen sofort innerhalb der deutschen Grenzen, wie sie am 1. August waren, zurückgezogen werden, alle deutschen Truppen, die sich in Gegenden befinden, die vor dem Kriegsbeginn einen Teil von Rußland ausmachten, sollen innerhalb der deutschen ebenfalls zurückkehren, sobald die Alliierten, mit dem inneren Zustand dieser Gebiete rechnend, den Augenblick dafür als gekommen erachten. Weiterhin sofortiger Stillstand aller Requisitionen durch die deutschen Truppen, sowie der Erschaffung aller Hilfsmittel für deutsche Zwecke in Rumänien und in Rußland. Die Alliierten sollen freien Zugang zu den durch die Deutschen an den Ostgrenzen geräumten Gebieten haben, sei es über Danzig, sei es über die Weichsel, um die Bevölkerung mit Vorräten versehen zu können und dort die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Weiter: Räumung von Ostafrika durch alle deutschen Streitkräfte, die daselbst operieren, innerhalb eines Monats.

Auslieferung aller Tauchboote an die Alliierten, einschließlich der Unterseekreuzer, Minenleger, mit vollständiger Bewaffnung und Ausrüstung in die Häfen der Alliierten und der Vereinigten Staaten. Die Tauchboote, die nicht mehr in See gehen können, sollen abgetaktet werden und unter Aufsicht der Alliierten und der Vereinigten Staaten bleiben. Die Tauchboote, die seetüchtig sind, sollen bereit gemacht werden, um die deutschen Häfen zu verlassen, sobald auf drahtlosem Wege Befehle für diese

Reise eingegangen sind und der Tag ihrer Auslieferung festgelegt ist. Diese Bedingungen müssen innerhalb eines Terms von 14 Tagen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes durchgeführt werden. Alle Schiffe, die für die Internierung bezeichnet sind, sollen bereit sein, die deutschen Häfen 7 Tage nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes zu verlassen. Auf drahtlosem Wege werden sie Befehle für die Reise erhalten.

Die Alliierten sind darauf bedacht, daß die Fortsetzung der Blockade die Versorgung Deutschlands mit Vorräten, soweit sie diese für notwendig halten, nicht verhindern soll, sobald der Waffenstillstand abgeschlossen ist.

Deutschland legt bei der Räumung der belagerten Küste und Häfen alles Material und Schiffsfahrtsmaterial inakt nieder, ebenso wie alle Handelschiffe, Schleppboote, Bojen, Werkzeuge, Luftschiffahrts- und Schiffsfahrtsmaterial und Vorräte jeder Art.

Der Paragraph 31 soll folgendermaßen lauten: Die Dauer des Waffenstillstandes ist bestimmt auf 35 Tage mit der Möglichkeit einer Verlängerung. Nach dieser Zeit kann der Waffenstillstand, falls die Bedingungen nicht erfüllt werden, durch die kontrahierenden Parteien gekündigt werden mit künftiger Kündigung.

Um die Ausführung des Waffenstillstandsvertrages unter festen Bedingungen sicherzustellen, ist das Prinzip einer internationalen permanenten Waffenstillstandskommission angenommen worden. Diese Kommission soll unter der hohen Autorität der Militär- und Marine-Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte arbeiten.

Genf, 11. Nov. (B. B.) Über den Empfang der deutschen Bevollmächtigten beim Marschall Foch schreibt der „Matin“: Vorgerufen gegen 9 Uhr nach dem Befehl, die deutschen Parlamentäre zum zu führen. Die Unterredung begann mit der aufmerksamsten Prüfung der Vollmachten. Darauf ergriff Erzberger das Wort, um in französischer Sprache mitzuteilen, daß die deutsche Regierung durch den Präsidenten Wilson verständigt worden sei, daß Marschall Foch den Auftrag habe ihnen die Bedingungen der Alliierten mitzuteilen. Sie seien von der Regierung als Bevollmächtigte ernannt worden, um Kenntnis von diesen Bedingungen zu nehmen und gegebenenfalls den Waffenstillstand zu unterzeichnen. Marschall Foch nahm hierauf die Dokumente zur Hand und las mit lauter Stimme, jedes Wort betonend, die Bedingungen vor. Die deutschen Bevollmächtigten waren zwar durch eine amtliche Mitteilung über die Gesamtheit der Bedingungen vorher unterrichtet worden; die Herren beschränkten sich auf wenige Bemerkungen und betonten bloß die materiellen Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung einzelner Bestimmungen nebenständlicher Natur ergeben. — Der „Petit Parisien“ schreibt: Die Vereinfachung der Waffenstillstandsbedingungen machte auf die Deutschen einen starken Eindruck. Sie begriffen jedoch, daß jede Diskussion überflüssig sei und erklärten, daß sie, obwohl sie Vollmacht zur Unterzeichnung hätten, sie es doch vorzögen, mit dem deutschen Hauptquartier in Verbindung zu treten.

Genf, 11. Nov. (B. B.) Die dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstehende biesige Funkspruchstation hat folgenden Funkspruch aufgegeben:

Marschall Foch an die Oberkommandierenden: 1. Die Feindseligkeiten werden an der ganzen Front am 11. November, 11 Uhr französischer Zeit, eingestellt werden. 2. Die alliierten Truppen werden bis auf weiteres Befehl erhalten, die an diesem Tage und zu dieser Stunde erreichten Linien nicht zu überschreiten. Marschall Foch.

Bayern an die Entente-Regierungen.

München, 12. Nov. In der Nacht vom 10. zum 11. November sandte die Regierung des Volksstaates Bayern folgende Kundgebung telegraphisch an den Bundesrat in Bern mit der Bitte um Übermittlung an Wilson, die Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens und um Verbreitung in der Schweizer Presse:

An die Regierungen und Völker Amerikas, Frankreichs, Englands, Italiens, an die Proletarier aller Länder!

Das bayerische Volk hat zuerst in Deutschland unter Führung von Männern, die seit Beginn des Krieges den leidenschaftlichsten Kampf gegen die freibeiwillige Politik der deutschen Regierungen und Fürsten geführt haben, in einer stürmischen und von endgültigem Erfolg gekrönten revolutionären Erhebung alle und alles beseitigt, das schuldig und mitschuldig an dem Weltkrieg war. Bayern hat sich als Volksstaat proklamiert. Das ganze Volk begrüßt inbehold seine Erlösung. Die anderen Staaten Deutschlands folgen in unaufhaltsamem Drange unserem Beispiel und begründen damit zum ersten Mal eine wirkliche innere Einheit Deutschlands. In diesem Augenblick führt auf die junge Republik Bayerns die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Mächte herein. Alle Hoffnungen, die wir durch den Erfolg der Revolution hegen durften, sind damit zerstört. Die neue Republik wird, wenn diese entsetzlichen Bedingungen unabänderlich sein sollten, in kurzer Zeit Wüste

und Chaos sein. Wir verstehen wohl die Empfindungen, die die alliierten Mächte veranlassen, solche Bedingungen zu stellen, wenn sie damit die Schuldigen treffen würden. Die deutschen Anstokraten und Militaristen verdienen keine Schonung. Jetzt aber hat das Volk sich befreit und die Bedingungen, die ihm jetzt auferlegt werden, bedeuten seine Vernichtung. Werden die Forderungen aufrecht erhalten, so gehen wir zuhause entzweit, die keine menschliche Phantasie sich vorstellen kann. Eine anarchische Auflösung aller Verhältnisse, die gerade die bayerische Konstitution eines in sich gefestigten Volksstaates verhindern wollte, würde die notwendige Folge sein, und die Herrschaft machtlos sich auflösender Milizionenheere würde eine geistige und sittliche Verwilderung, eine politisch-soziale Beseffenheit herbeiführen, die auch in das Gebiet der Sieger verheerend übergreifen würde.

Das darf nicht geschehen. Die demokratischen Völker dürfen nicht wollen, daß die revolutionäre Schöpfung der deutschen Demokratie durch die Schonungslosigkeit der Sieger vernichtet wird. Jetzt ist die Stunde gekommen, wo durch einen Akt weit ausblickender Großmut die Versöhnung der Völker herbeigeführt werden kann. Vergeßt in der Schöpfung der neuen Welt den Haß, der in der alten erzeugt worden ist. Der Völkerbund, der das gemeinsame Ideal der Menschheit geworden ist, kann niemals werden, wenn er beginnt mit der Ausrottung des jüngsten Gliedes demokratischer Kultur. Wir beschwören Euch, die Regierungen wie die Völker, in einer Tat überhabender Selbstüberwindung die Liquidierung des Weltkrieges in gemeinsamer Arbeit der Sieger und Besiegten zu unternehmen. Dieses schwere Werk würde die erste Handlung des neuen Völkerbundes sein und ihn damit begründen. Die älteren Demokratien dürfen nicht vergessen, wie viel stumm ertragene Opfer unzähliger namenloser Deutscher seit Beginn dieses Krieges in klarer Erkenntnis der Schuld gebracht worden sind, und die Regierungen der alliierten Mächte dürfen nicht die Verantwortung von den proletarischen Massen übernehmen, die Internationalen in dem Augenblick wieder zu zerstören, wo sie sich innerlich zusammengefunden hat. Das Schicksal der Menschheit liegt in den Händen der Männer, die jetzt verantwortlich sind für die Herbeiführung des Friedens und die Neugestaltung der zerrütteten Völker.

Das Ministerium des bayerischen Volksstaates, Kurt Eisner.

Ein Appell an die Internationale

Berlin, 12. Nov. (B. B.) Die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien haben an den Reichstagsabgeordneten Branting folgenden Telegramm durch Vermittlung der deutschen Gesandtschaft in Stockholm gerichtet: Weiter Genosse! Die neugebildete sozialdemokratische Regierung hat die Waffenstillstandsbedingungen der Entente angenommen, damit das Blutvergießen nicht um eine Stunde verlängert wird. Die Sozialdemokraten der beiden bisher getrennten, jetzt in Friedensarbeit verbundenen sozialdemokratischen Parteien richten einen Appell an die Proletarier in allen Ländern. Was die Führer der Entente fordern, dient zum Teil nicht mehr allein der Sicherung gegen eine Erneuerung der Feindseligkeiten, die ohnehin ausgeschlossen wäre, nachdem die Militärgewalt durch die glänzende Erhebung der revolutionären Arbeiter und Soldaten gestürzt worden ist. Einige Bedingungen bedrohen vielmehr die physische Existenz des befreiten und friedensbereiten deutschen Volkes. Die Blockade soll fortgesetzt werden, Deutschland soll die Belagerungstruppen der Entente ernähren. Es soll aber zugleich einen großen Teil seiner Transportmittel, Lokomotiven, Waggons, Kraftfahrzeuge ausliefern. Alle diese Transportmittel sind unentbehrlich für einen geordneten und schnellen Abtransport der Truppen und für die Aufrechterhaltung der Volksernährung. Ihre Wegnahme steigert die Ernährungsschwierigkeiten ins Unerträgliche. Sie bedroht zahllose unschuldige Frauen, Kinder und Kranke unmittelbar mit dem Hungertod. Der Tag der Freiheit und des Friedens darf nicht ein Tag der Föhung von Millionen werden. Die Verständigung der kämpfenden Nationen kann nicht zur Wirklichkeit werden, wenn der Einkesselung des Kampfes mit den Waffen der Hungertod gegen Schicksale folgen soll. Wir rufen die Genossen in den gegen Deutschland verbündeten Ländern auf, ihre Stimme mit der unseren zu vereinen. An Sie, verehrter Genosse Branting, richten wir die Bitte, der Internationale diesen Appell zu übermitteln.

Eduard Bernheim, Esler Cohn, Karl Kaupka, Hermann Wollenbuhr, Hermann Müller, Pfannkuch.

Neue Note an den Präsidenten Wilson.

Berlin, 12. Nov. (B. B.) Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der schweizerischen Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Note gerichtet:

Nachdem nunmehr der Waffenstillstand geschlossen ist, bittet die deutsche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Beginn der Friedensverhandlungen in die Wege zu leiten. Der Beschleunigung halber schlägt sie vor, zunächst

den Abschluß eines Präliminarfriedens ins Auge zu fassen und ihr mitzuteilen, an welchem Ort und zu welchem Zeitpunkt die Verhandlungen beginnen können. Wegen drohender Lebensmittelnot legt die deutsche Regierung auf unverzüglichen Beginn der Verhandlungen besonderen Wert.

Der Eindruck in Schweden

Stockholm, 12. Nov. (B. B.) Die Waffenstillstandsbedingungen der Entente werden durchweg als überaus scharf verurteilt. So gar Branting nennt sie im „Sozialdemokraten“ erschreckend und hofft, daß wenigstens die Blockade in einiger Zeit gemildert werden wird. „Dagens Nyheter“ schreibt: Die Bedingungen stimmen so ziemlich mit dem überein, was man früher von Nordcliffe gelesen hat. Man weiß, daß Deutschland ankerstande ist, noch kräftigen Widerstand zu leisten und beschloß daher, es den Weichen der Demütigung bis zur Keige leeren zu lassen. Die alte Geschichte vom Hebräer des Siegers wiederholt sich immer wieder. „Evenska Dagbladet“ sagt: Wenn man die Bedingungen liest, so sieht man sich gegenüber einem Ausbruch von Raserei und nicht gegenüber einem Dokument, das in der verantwortungsvollen Stunde der Weltgeschichte von einigen Männern formuliert wurde, welche die große Verantwortung tragen. Die Kreise sprechen von einem Kreuzung der Zivilisation gegen den Volksemissarius. Der Wille, Deutschland zu vernichten, tritt mit unverhüllter Klarheit hervor. Das neue Deutschland muß erfahren, daß es ohnmächtig, ein an Händen und Füßen gefesseltes Opfer seiner Sieger ist, die unumschränkte Gewalt über sein Leben fordern.

Hindenburg an die deutsche Armee.

Berlin, 12. Nov. (B. B.) Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat an die deutsche Armee nachfolgenden Erlaß gerichtet:

An die Armee! Der Waffenstillstand ist unterzeichnet. Bis zum heutigen Tage haben wir unsere Waffen in Ehrengeliebt. In treuer Hingabe und Pflichterfüllung vollbrachte die Armee Gewaltiges in siegreichen Angriffsschlachten und zäher Abwehr. In hartem Kampfe zu Lande und in der Luft haben wir den Feind von unseren Grenzen ferngehalten und die Heimat vor den Schrecknissen und Verwüstungen des Krieges bewahrt. Bei der wachsenden Zahl unserer Gegner, bei dem Zusammenbruch der uns bis an das Ende ihrer Kraft zur Seite stehenden Verbündeten und bei der immer drückender werdenden Ernährungs- und Wirtschaftssorgen hat sich unsere Regierung zu Annahme harter Waffenstillstandsbedingungen entschließen müssen. Aber aufrecht und stolz gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre gegen eine Welt von Feinden bestanden. Aus dem Bewußtsein, daß wir unser Land und unsere Ehre bis zum Äußersten verteidigt haben, schöpfen wir neue Kraft.

Der Waffenstillstandsvertrag verpflichtet zum schnellen Rückmarsch in die Heimat, unter den obwaltenden Verhältnissen eine schwere Aufgabe, die Selbstbeherrschung und treueste Pflichterfüllung von jedem einzelnen von Euch verlangt, ein harter Prüfstein für den Geist und den inneren Halt der Armee. Im Kampfe habt Ihr Euren Generalfeldmarschall niemals im Stich gelassen. Ich vertraue auch jetzt auf Euch!

v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Berlin, 10. Nov. (B. B.) Im Circus Bundland heute nachmittag eine Versammlung des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats statt, nachdem am Vormittag die Soldaten in den Kasernen und Lazaretten und die Arbeiter in ihren Betrieben zusammengetreten waren, um ihre Vertreter zu dieser Versammlung zu wählen. Nach Wahl des Präsidiums verles der Ober unter anderem Bericht, daß der Bruderbund innerhalb der sozialdemokratischen Parteien begraben wurde. Zum Schluß wurde folgende Proklamation des Arbeiter- und Soldatenrates einstimmig genehmigt:

Das alte Deutschland ist nicht mehr. Das deutsche Volk hat erkannt, daß es jahrelang in Lug und Trug gehalten war. Der vielgerühmte und der ganzen Welt zur Nachahmung empfohlene Militarismus ist zusammengebrochen. Die Revolution trat in Kiel ihren Siegesmarsch an und führte sich siegreich durch. Die Dynastien haben ihre Krone verlor und die Träger der Krone sind ihrer Macht entkleidet. Deutschland wurde Republik, eine sozialistische Republik. Soziale haben sich Gefängnis, Arcey- und Zuchthausmauern für die wegen politischer und militärischer Verbrechen verurteilten Verhafteten geöffnet. Die Träger der politischen Macht sind jetzt Arbeiter- und Soldatenräte. In allen Garnisonen, in denen noch keine Arbeiter- und Soldatenräte bestehen, wird sich die Bildung solcher Räte rasch vollziehen. Aus dem kahlen Lande werden sich Bauernräte zu denselben Zweck bilden. Aufgabe der provisorischen Regierung, die vom Arbeiter- und Soldatenrat beauftragt wird, wird in erster Linie sein, den Waffenstillstand abzuschließen und dem blutigen Gemetzel ein Ende zu machen. Sozialistischer Friede ist die Parole der Revolution. Wie auch der Krieg ausgehen mag, er ist besser als eine Fortsetzung der ungeheueren Massenschlachten. Die rasche und konsequente Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel ist nach der sozialen Struktur Deutschlands und dem Niedergang seiner wirtschaftlichen und politischen Organisation die

starke Erschütterung durchführbar. Sie ist notwendig, um aus dem blutgetränkten Trümmern eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen, um die wirtschaftliche Verarmung der Volksmassen und den Untergang der Kultur zu verhüten. Alle Arbeiter, Knapen und Handarbeiter, welche von diesem Ideal erfüllt sind, welche aufrichtig für seine Verwirklichung eintreten, sind zur Mitarbeit berufen. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist von der Überzeugung durchdrungen, daß sich in der ganzen Welt eine Umwälzung in der gleichen Richtung vorbereitet. Er erwartet mit Zuversicht, daß das Proletariat der anderen Länder seine ganze Kraft einsetzen wird, um eine Vergewaltigung des deutschen Volkes bei Abschluß des Krieges zu verhindern. Er gedenkt mit Bewunderung der russischen Soldaten und Arbeiter, die auf dem Wege der Revolution vorangeschritten sind. Er ist stolz, daß die deutschen Arbeiter und Soldaten ihnen folgen. Er sendet der russischen Arbeiter- und Soldatenregierung seine herzlichsten Grüße. Er beschließt, daß die deutsche republikanische Regierung sofort die völkerverrechtlichen Beziehungen zur russischen Regierung aufnimmt und erwartet eine Vertretung dieser Regierung in Berlin. Durch den entscheidenden, über vier Jahre währenden Krieg ist Deutschland auf das furchterlichste verarmt, unergründliche materielle und moralische Güter sind vernichtet. Aus diesen Verwüstungen und Verdrängungen neues Leben hervorzurufen, ist eine Riesenaufgabe. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist mit dessen Bewußt, daß die revolutionäre Macht die Verbrechen und Fehler des Regimes der bisherigen Klassen nicht mit einem Schlag gut machen kann und daß sie den Massen nicht sofort eine glänzende Lage verschaffen kann. Die sozialistische Republik ist allein imstande, die Kräfte des internationalen Sozialismus zur Verbesserung eines demokratischen Dauerfriedens auszulösen. Es lebe die deutsche sozialistische Republik!

Die Demobilisation

Berlin, 12. Nov. (W. B.) Zur Ueberführung des deutschen Wirtschaftslebens in den Frieden wurde eine oberste Reichsbehörde unter der Bezeichnung „Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation (Demobilisationsamt)“ errichtet. Mit der Leitung dieses Amtes wurde mit Zustimmung des Herrn Kriegsministers der bisherige Oberstleutnant Koeth, Leiter der Kriegsrohstoff-Abteilung, beauftragt. Dieser hat die gesamten Arbeiten der wirtschaftlichen Demobilisation unverzüglich in die Hand zu nehmen und sich mit den sämtlichen hierbei in Betracht kommenden Zentral-, Provinzial-, Lokalbehörden der Reichs- und Bundesstaaten zu diesem Zweck in Verbindung zu setzen. Alle Zivil- und Militärbehörden werden aufgefordert, den Weisungen des Herrn Koeth in Angelegenheiten der wirtschaftlichen Demobilisation unweigerlich und mit größter Beschleunigung Folge zu leisten und ihm zur Durchführung seiner für die Wohlfahrt unseres Volkes äußerst wichtigen Aufgabe nach jeder Richtung behilflich zu sein.

Die Reichsregierung: Ebert, Haase.

Au die Arbeiter- und Soldatenräte

Berlin, 12. Nov. (W. B.) In Berlin ist ein Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation (Demobilisationsamt) von dem Rat der Volksbeauftragten und dem Arbeiter- und Soldatenrat errichtet worden. Seine erste Aufgabe ist, unseren aus dem Felde heimkehrenden Brüdern auf dem Weg zur Heimat und zur früheren Arbeitsstätte helfend zur Seite zu stehen und den aus der Nahrungsmittelindustrie freierwerdenden Arbeitern, Arbeiterinnen und Angehörigen anderer Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Arbeiter- und Soldatenräte! Bestet der Zentralstelle! Ihre Arbeit ist für den Bestand unseres Volkslebens entscheidend. Haltet Euch an die von der Zentralstelle eingerichteten Demobilisationsorgane, die Demobilisationskommissionen in den Regierungsbezirken und die Demobilisationsausschüsse in den Stadt- und Landkreisen. Die bisherigen Beschlagnahmen von Rohstoffen müssen zunächst bestehen bleiben. Neue Beschlagnahmen durch die Arbeiter- und Soldatenräte dürfen nicht stattfinden, sonst ist eine Verwirrung unvermeidlich und der Arbeiter kann nicht arbeiten. In der Landwirtschaft sind alle Besitzer verpflichtet und bereit, ihre früheren Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten wieder aufzunehmen, ebenso in den gewerblichen Betrieben, in Industrie und Handwerk, soweit Rohstoffe und Betriebsmittel vorhanden sind. Wo die Aufnahme unmöglich ist, werden die Demobilisationsorgane durch Notstandsarbeiten helfen. Wer arbeiten will, soll Arbeit und auskömmlichen Lohn erhalten. Für alle, die keinen Erwerb finden, wird der Staat sorgen; die nötigen Geldmittel werden zur Verfügung gestellt werden. Die Erwerbslosenfürsorge ist gesichert. Nur bei ungestörter Arbeit der Demobilisationsorgane kann es gelingen, allen Heimkehrenden und in der Nahrungsmittelindustrie nicht mehr zu beschäftigenden Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten Arbeit zu schaffen. Wertvolle Arbeit aller aber ist Voraussetzung jeder neuen politischen und sozialen Organisation des Volkes. Wer die ordentliche Beschaffung von Nahrungsmitteln, wer die ruhige Demobilisation hindert und wer die Arbeitsverbindung zwischen der Front und der Heimat unterbricht, verläßt sich deshalb aufs schwerste am Volke. Jeder folge daher in Ruhe und Ordnung den notwendigen Demobilisationsvorschriften.

Berlin, 16. Nov. Verlängerte Sedemannstr. 10
Ebert, Haase, Koeth.

Bürgerausschüsse

Berlin, 12. Nov. (W. B.) Die Erfahrungen der letzten Zeit beweisen, daß das deutsche Bürgertum als solches selbst den schwersten äußeren Umwälzungen tapfer gegenübersteht. In dieser entscheidenden Stunde fordern wir das deutsche Bürgertum auf, zur sofortigen Bildung von Bürgerausschüssen überall in

Deutschland zu schreiten. Diese Bürgerausschüsse haben in Fühlung mit der Reichsleitung und den bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten in erster Linie folgende Aufgabe zu lösen: Wahrung der bürgerlichen und vollen Gleichberechtigung des Bürgertums bei allen staatlichen Maßnahmen. Zur Bildung eines solchen Bürgerausschusses für Groß-Berlin laden wir bereits die nötigen Schritte.

Der Hansabund: Dr. Nießer.

Reichsregierung und Preussisches Kabinett.

Ausscheiden aller bürgerlichen Mitglieder.

Berlin, 11. Nov. Die sämtlichen bürgerlichen Mitglieder sind aus der Regierung ausgeschieden. Am Samstag haben sich Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei und Nationalliberale noch darauf geeinigt, daß sie mit einer Regierung, gebildet aus Mehrheitssozialdemokraten, bereit sein würden, zu arbeiten. Ein Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen lehnten die Parteien von vornherein ab. Nachdem nunmehr die politische Regierung aus Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen gebildet worden ist, ist für die bürgerlichen Vertreter kein Platz mehr in ihr. Die Geschäfte werden vorläufig nur noch weiterführen Kriegsminister Scheuch Staatssekretär d. Reichsmarineamt v. Mann und Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Solf. Reichskanzler Ebert schlug vor, einzelne Fachministerien mit Bürgerlichen zu besetzen.

Berlin, 12. Nov. Die Verteilung der Arbeitsgebiete im Räte der Volksbeauftragten ist vorläufig die folgende:

Ebert, Inneres und Militär,
Haase, Aeußeres und Kolonien,
Scheidemann, Finanzen,
Dittmann, Demobilisierung und öffentliche Gesundheitspflege,
Landsberg, Presse und Nachrichtendienst,
Borth, Sozialpolitik.

Berlin, 12. Nov. Dem „Vorwärts“ zufolge hat der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates zu Mitgliedern des Kabinetts für Preußen folgende Genossen ernannt:

Paul Hirsch und Heinrich Ströbel als Vorsitzende,
Otto Braun, Eugen Ernst, Adolf Hoffmann.

Ein sechstes Mitglied tritt noch hinzu.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Landwirtschaftsministeriums sind die Genossen Otto Braun und Adolf Hofer, mit der Wahrnehmung der Geschäfte der inneren Verwaltung die Genossen Paul Hirsch und Emil Eichborn, mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Groß-Berliner Polizei Genosse Eugen Ernst, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Finanzministeriums Genosse Dr. Albert Südekum, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Kultusministeriums die Genossen Adolf Hoffmann und Konrad Hainisch beauftragt.

Die Vervollständigung der Regierung erfolgt baldigst.

Das Programm der Regierung.

Berlin, 12. Nov. (W. B.) Ein Aufruf der Volksbeauftragten kündigt an: Die Regierung setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen und verkündigt mit Gesetzeskraft:

Aufhebung des Belagerungszustandes, sowie aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes auch für Beamte und Staatsarbeiter, Aufhebung der Zensur, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsübung, politische Amnestie, Aufhebung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst, Aufhebung der Gefindeordnungen sowie der Ausnahmegesetze gegen Landarbeiter und die Wiedereinsetzung der Arbeiterschutzbestrebungen. Spätestens zu Neujahr soll der achtstündige Maximalarbeitsstag in Kraft treten.

Die Regierung kündigt ferner an: Fürsorge für ausreichende Arbeitsgelegenheit, Unterstützung von Erwerbslosen, Erhöhung der Versicherungspflicht bei der Krankenversicherung, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung geregelter Volksernährung, Aufrechterhaltung geordneter Produktion, Schutz des Eigentums gegen die Angriffe Privater. Alle öffentlichen Wahlen sollen nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht nach dem Proportional-System für alle mindestens 20 Jahren alten männlichen und weiblichen Personen erfolgen, auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung erfolgt.

Aufenthalt des Kaisers und der Kaiserin.

Amsterdam, 10. Nov. (W. B.) Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die holländische Regierung die Internierung des Kaisers beabsichtigt habe.

Später wird gemeldet: Aus Eysden wird gemeldet, daß die deutschen Offiziere, die sich in Begleitung des früheren deutschen Kaisers in Arnheim befinden, interniert werden. Von dem früheren deutschen Kaiser soll nicht ver-

langt werden, daß er das übliche Ehrenwort der Internierten gibt. Es wird stillschweigend angenommen, daß er über dieser moralischen Verpflichtung steht. Es wird ihm eine ziemliche Bewegungsfreiheit zugestanden werden.

Amsterdam, 11. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Wie die Blätter berichten, ist der kaiserliche Hofzug um 9.45 Uhr vormittags in Maastricht angekommen. Der Bahnsteig war vollkommen abgeperrt. Vor dem Bahnhof hatte sich eine riesige Menschenmenge angesammelt. Auf dem Bahnhof befanden sich der Bürgermeister und andere amtliche Personen sowie der deutsche Konsul. Unter dem Publikum, unter dem viele Belgier waren, kam es zu feindseligen Kundgebungen. Der Kaiser war von General v. Falkenhayn und anderen hohen Offizieren, Gefolge und Dienerschaft begleitet. Ein zweiter Zug mit weiterem Gefolge und den Hofautomobilen folgte etwas später. Der kaiserliche Hofzug kam um 3.15 Uhr nachmittags in Maarn an, wo der Kaiser von seinem Gaherrn, Grafen Godard Aldenburg Bentind, erwartet wurde. Außerdem waren der Generalmajor Nuenen, der Kommandant der Provinz Utrecht und andere amtliche Personen anwesend. Von Maarn setzte der Kaiser die Fahrt nach dem Bentindischen Schloß Suis te Amerongen im Automobil fort.

Berlin, 12. Nov. Wie mehrere Blätter melden, ist seit der Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates in Potsdam das Neue Palais seinem Schutze unterstellt. Die Kaiserin, die Kronprinzessin und die anderen Prinzessinnen mit ihren Kindern befinden sich dort in voller Sicherheit. Die Kaiserin hat einem Vertreter des Soldatenrates ihren Dank für den bisherigen Schutz ausgesprochen.

Haag, 12. Nov. Holländisch Nieuws Bureau meldet: Der Kronprinz ist heute nachmittag 3.24 Uhr in Maastricht eingetroffen und im dortigen Gouvernement untergebracht worden. Er hat sich an die Königin mit der Bitte gewandt, ihm ein kleines einfaches Haus anzuweisen zu lassen, wo er die Gastfreundschaft Hollands genießen könne.

Kopenhagen, 12. Nov. Eyring Heinrich von Preußen traf am Freitag in Dänemark ein und zwar in Vandrup.

Eine Kundgebung des Kaisers Karl.

Wien, 11. Nov. (W. B.) Der Kaiser erließ folgende Kundgebung:

Seit meiner Thronbesteigung war ich unablässig bemüht, meine Völker aus den Schrecknissen des Krieges herauszuführen, an dessen Ausbruch ich keinerlei Schuld trage. Ich habe nicht gezögert, das verfassungsmäßige Leben wiederherzustellen und habe den Völkern den Weg zu ihrer selbstständigen, staatlichen Entwicklung eröffnet. Nach wie vor von unwandelbarer Liebe für alle meine Völker erfüllt, will ich ihrer freien Entfaltung meine Person nicht als Hindernis in den Weg stellen. Im Voraus erkenne ich die Entscheidung an, die Deutsch-Oesterreich über seine künftige Staatsreform trifft. Das Volk hat durch seine Vertreter die Regierung übernommen. Ich verzichte auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften. Gleichzeitig enthebe ich meine österreichische Regierung ihres Amtes. Möge das Volk von Deutsch-Oesterreich in Eintracht und Veröhnlichkeit die geschaffene Neuordnung befestigen. Das Glück meiner Völker war von Anfang an das Ziel meiner heftigsten Wünsche. Nur der innere Frieden kann die Wunden dieses Krieges heilen.

Karl m. p. Lammach.

Berlin, 12. Nov. Nach einem Telegramm aus Wien hat Kaiser Karl gestern Abend mit Familie in einem Automobil unter Bedeckung in unbekannter Richtung Schönbbrunn verlassen. Man nimmt an, daß er sich nach der Schweiz begeben hat.

Hannover, 12. Nov. (W. T. B. Nichtamtlich.) Am Bahnhof und in der Kochstraße kam es gestern Nacht zu einer heftigen Schießerei zwischen Sicherungspatrouillen und Räuberbänden, die mit Handfeuerwaffen und Maschinengewehren ausgerüstet über zwei Automobile verfügten. Die Sicherungspatrouillen brachten 34 Personen ein, wovon die Hauptverbrecher heute morgen standrechtlich erschossen wurden.

Köln, 12. Nov. Die „Köln. Zeitung“ meldet aus Bern: Aus Frankreich in der Schweiz eingetroffene Reisende berichten, daß die Stimmung in Paris sowohl wie in der Provinz nervös, verworren und höchst gespannt sei. Die überwältigende Mehrheit des Volkes verlangt für mich nach Frieden. Die an Macht schnell zunehmenden Gruppen verfolgen mit großer Spannung die schnelle demokratische Entwicklung in Deutschland, von der sie eine Verwirklichung ihrer Ideale erhoffen. Die Ereignisse überstürzen sich derart, daß jetzt schon in den maßgebenden politischen Kreisen Frankreichs die Friedensfrage zurücktritt gegen die politische Entwicklung.

Genf, 12. Nov. Trotz der schärfsten Maßnahmen der französischen Regierung, über die Bewegung im Innern des Landes möglichst

wenig bekannt werden zu lassen, läßt sich die Tatsache nicht länger verschweigen, daß auch in Frankreich seit zwei Tagen eine Arbeiter- und Volksbewegung ausgebrochen ist. In Paris kursiert das Gerücht von der Bildung von Soldatenräten an der Front, die mit den deutschen Soldaten in Verbindung getreten seien. — Nach Meldungen von der französischen Grenze hat sich in Velfort ein Soldatenrat gebildet, der dem Kommandanten Forderungen unterbreitet.

Warschau, 11. Nov. (B. B.) Im Laufe des gestrigen Tages hat sich bei den in Warschau und Umgebung befindlichen Truppen ein Soldatenrat gebildet. Abends wurde im Gouvernement eine Versammlung abgehalten. In dieser Versammlung erschien ein Oberleutnant als Abgeordneter des polnischen Regimentsrates, der sich erbot, für die Sicherheit der deutschen Truppen zu bürgen, wenn bestimmte Gegenleistungen (Ablieferung der Waffen) erfolgten. Aus der Versammlung erhob sich lebhafter Widerspruch dagegen, mit irgend-einer politischen Reaktion in Polen in Verhandlungen zu treten. Es wurde dem Abgeordneten des Regimentsrates eröffnet, daß der Arbeiter- und Soldatenrat kein anderes Bestreben habe, als allen politischen Richtungen in voller Neutralität gegenüberzutreten und möglichst bald in die Heimat zurückzuführen, aber nicht ohne Sicherung des Rückweges der im Lande verbliebenen und in der Ukraine stehenden Kameraden. Gegen die Abgabe der Waffen bestand einmütiger Widerspruch. Es wurde betont, daß die deutschen Truppen in voller Geschlossenheit eine ansehnliche Nacht darstellten, so daß zu einer panikartigen Stimmung absolut keine Veranlassung vorliege. Nachts fand eine Versammlung mit Pilsudski statt, der gestern früh begeistert begrüßt, nach Warschau zurückgekehrt ist. Während der Nacht fielen vereinzelt Schüsse. Die deutschen Truppen standen alarmbereit, um sich gegen einen Überfall zu wehren. In vereinzelteren Fällen wurden alleinziehenden deutschen Militärpersonen die Waffen abgenommen. Polizei-, Militär- und Milizpatronen durchzogen auch heute die Straßen.

Bern, 12. Nov. (B. B. Nichtamtlich.) Deswegenagentur. Die Gesandtschaft der russischen bolschewistischen Regierung, die immer noch in der Schweiz anwesend war, ist heute unter militärischer Eskortierung in 15 Automobilen von Bern an die Landesgrenze befördert worden. Der Bundesrat hat vor einiger Zeit ihre Ausweisung beschlossen.

Wien, 11. Nov. (B. B. Nichtamtlich.) Der Staatsrat nahm einen Gesetzentwurf an, wonach Deutsch-Österreich als Republik und Bestandteil der deutschen Republik erklärt wird.

Kopenhagen, 12. Nov. Nach einem Telegramm aus Helsinki ist Trotski als Kriegsminister zurückgetreten und durch Skjanski ersetzt worden.

Bukarest, 11. Nov. (B. B.) Ueber die Ursache der Demission des Kabinetts Marahiloman wird aus Jassy berichtet, daß kürzlich aus dem französischen Gauntanquartier in Belgrad ein französischer Minister ankam, der eine Note der Entente an die rumänische Regierung zu übergeben hatte. Kurz darauf trat Marahiloman zurück. Nach der Demission hielt die Mehrheitspartei eine Versammlung ab, worin die zurückgetretenen Minister auf den Erfolg hinwiesen, den Rumänien aus dem letzten konservativen Kabinett zog. Ministerpräsident Marahiloman wies auf die Erweiterung von Vessarabien hin. Der Außenminister Arion sagte, der Bukarester Friede sei tags zuvor annulliert worden, so daß Rumänien heute an seinen alten Grenzen dastünde. Meldungen aus Jassy zufolge sollen demnächst noch zwei Minister für die Bukowina, sowie zwei für Siebenbürgen ernannt werden.

Berlin, 11. Nov. Zuverlässige Nachrichten, die aus Budapest hier eintreffen, besagen, daß die neue rumänische Regierung an Deutschland den Krieg erklärt hat.

Ergebnis der neunten Kriegsanleihe.

Berlin, 11. Nov. Von gut unterrichteter Seite wird der „Voss. Ztg.“ mitgeteilt, daß das Ergebnis der neunten Kriegsanleihe

10 Milliarden Mark

übersteigt. Kleinere Zeichnungen stehen noch aus, ebenso die Feldzeichnungen, für die die Zeichnungsfrist noch nicht abgelaufen ist.

Das Ergebnis der siebten Kriegsanleihe betrug 12,625 und der achten 14,766 Milliarden Mark.

Berlin, 11. Nov. (B. B.) In der Provinz wird das Gerücht verbreitet, daß die gegenwärtige Regierung, der Rat der Volksbeauftragten, die Absicht habe, die Kriegsanleihen zu annullieren. Die Regierung legt Wert darauf, dieses Gerücht auf das Bestimmteste zu dementieren.

Berlin, 12. Nov. Die für Mittwoch, den 13. November, angekündigte Reichstagsitzung findet nicht statt.

Berlin, 9. Nov. In Betreff der gestrigen Erklärung des Kriegsernährungsamtes gibt die Reichsgedrehtelle bekannt, daß vom 1. Dezember ds. Js. ab die tägliche Ration allgemein um 40 Gramm erhöht wird. Den Schwer- und den Schwerstarbeitern wird diese Erhöhung auf ihre Zulagen angerechnet. Eine erhebliche Verbesserung auch für sie liegt in der Erhöhung der Brotmenge für ihre Familienmitglieder.

Berlin, 11. Nov. Staatssekretär Graf Nöcker hat gleichzeitig mit dem Reichsanstalts-Prinzen Max seinen Abschied eingereicht.

Berlin, 11. Nov. (B. B.) Im Anschluß an die Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 10. November hat sich im Reichstage „Der Rat geistiger Arbeiter“ gebildet. Er wirkt für die kulturpolitischen Ideale auf dem Boden der sozialistischen Republik. Wer mitwirken will, melde sich schriftlich an den Rat geistiger Arbeiter. Berlin, Reichstag, Zimmer 15 B. Dr. Kurt Giller, Siegfried Jacobsohn, Major Kiesel, Rudolf Leonhard, Leo Matthias, Dr. Herbert Müller, Dr. Sekene Stöder, Franz Thies und Armin T. Weaner.

Vermischte Nachrichten.

* Radesheim, 13. Nov. Von heute an sind wiederum mehrere Personenzüge in Wegfall gekommen. Es verkehren auf der diesseitigen Strecke nur noch nachstehende Züge:

Nach Wiesbaden-Frankfurt: 4⁵² w 6¹⁴ 10⁵⁸ w 12¹⁰ 2⁴⁴ 6³³ 7⁵⁴.

Direkte Triebwagen nach Mainz: 6¹⁴ 5⁴⁵.

Nach Nieder-Lahnstein: 3²⁴ 8²⁵ 9¹⁴ 2²⁸ 4⁴⁷ 5³² 7¹⁹.

Von Wiesbaden-Frankfurt: 3¹⁸ 9¹¹ 8²³ 2²³ 5⁴⁰ 7¹⁴ 8³³ w.

Direkte Triebwagen von Mainz: 4²⁷ 9³⁴.

Von Nieder-Lahnstein: 6⁰⁶ 8⁵⁸ w 12⁰⁶ 2²⁹ 5³³ 7⁴⁴ w nur Werktag. * nur bis und von Altmannshausen.

D-Züge sind fettgedruckt.

* Radesheim, 13. Nov. Wegen Personalmangels ist der Fernsprekdienst beim hiesigen Postamt von abends 9 Uhr an bis auf weiteres eingestellt worden.

K.-A. Radesheim, 13. Nov. Wir weisen auch an dieser Stelle auf die Bekanntmachung des Kreis-Ausschusses in heutiger Nummer hin, wonach die

ursprünglich für die Zeit vom 11. bis 17. November ds. Js. festgesetzte Fleischwoche auf die Zeit vom 18. bis 24. ds. Mts. verlegt wurde.

— Kreuznach, 12. Nov. In einer hier abgehaltenen öffentlichen Versammlung führte Kreischausinspektor Bachmann aus, daß die Waffenstillstandsbedingungen noch keinen Grund zur besonderen Beruhigung der Kreuznacher Bevölkerung in der Frau der etwaigen Befehung bzw. militärischen Räumung (was nicht die Räumung der Zivilbevölkerung bedeuten würde, schloß sich aber in dieser Beziehung der Räumung des Zusammenhaltens an. — Die Kreuznacher Wirtschaften mußten bei der am Samstag nachmittag und 1. nötigen Schärfe der Ordnungsbestimmungen 28 Arbeiter- und Soldatenrates zunächst alle geschlossen werden. Gestern wurde die Öffnung gestattet, jedoch bei Beschränkung auf Bier und einschiedener Beibehaltung des Alkoholverkaufsverbots. Von 9 Uhr abends ab ist Schluß aller Wirtschaften.

— Darmstadt, 12. Nov. (B. B. Nichtamtlich.) Eine frohe Weihnachtsbotschaft ward den Darmstädtern durch die Mitteilung im städtischen Ernährungsbeirat, daß von der Stadt 287 Stück Schafe angeschafft wurden, die neben dem Gewinn an Wolle einen wertvollen Beitrag zur Fleischversorgung liefern und daß für die Feiertage 900 Stück Gänse, daneben 3—4000 Hühner und Hähnen zur Verteilung kommen. Die Großh. Hofsagden liefern 50 bis 60 Prozent ihres Bestandes ab.

— Leipzig, 10. Nov. Wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, hat der Arbeiter- und Soldatenrat in Leipzig zur Sicherstellung der Bekleidung für die Zivilbevölkerung beschlossen, daß die sogenannten Militär-Schneiderwerkstätten in Leipzig-Gohlis, in denen rund 2000 Schneider beschäftigt sind, sofort die Herstellung von Kleidern für die Zivilbevölkerung in Angriff nehmen. In den Werken sind noch riesige Vorräte aller Art aufgeschapelt.

An das metallverarbeitende Handwerk.

Die Metall-Freigabestelle hat in Vorbereitung der Metallbewirtschaftung während der Uebergangswirtschaft eine Neuerteilung der Metallberatungs- und Verteilungsstellen vorgenommen, um möglichst alle beteiligten Betriebe einer für sie zuständigen Stelle anzugliedern und damit die Einteilung der einzelnen Verbrauchergruppen bei der Uebergangswirtschaft vorzubereiten. Für das Handwerk ist diese Stelle bei dem deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag zu Hannover gebildet worden.

Die Metall-Freigabestelle fordert daher alle Handwerksbetriebe, welche unedle Metalle (Kupfer, Zinn, Aluminium, Zink, Blei und Nickel) verarbeiten, an ihre Betriebe bei der für sie zuständigen Handwerkskammer anzumelden. Demgemäß richten wir an alle diese Betriebe innerhalb unseres Kammerbezirks hierdurch das dringende Ersuchen, diese Anmeldung alsbald und spätestens bis zum 20. ds. Mts. bei uns zu tätigen. Nach diesem Tage werden wir unsere Zentralkasse (Kammertag Hannover), die Anmeldungen einsenden. Im eigenen Interesse der Betriebe ist eine reifliche Anmeldung unbedingt erforderlich.

Wiesbaden, den 5. November 1918.

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carl Henz. Schroeder.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Reier.

Der behördlich genehmigte Mohr'sche

Fleischextraktfab., „Ohfena“

gibt allen Speisen einen kräftigen Fleischgeschmack und ist deshalb an allen fleischlosen Tagen in jeder Familie unentbehrlich. Dosen 1/2 Pfund netto Mk. 5.25, 1/2 Pfund Mk. 2.90, 1/4 Pfund Mk. 1.60. „Ohfena“ ist unbeschränkt haltbar und in den meisten Geschäften der Lebensmittelbranche käuflich.

Zahn-Atelier

Rüdesheim a. Rh., Bleichstr. 2a.

Wochentags 10—12 und 2—5 Uhr.
mit Ausnahme des Samstag-Nachmittag.
Sonntags keine Sprechstunde.

Telefon 280. Rasche, Dentist.

Radiermesser

: Taschen- :
Federhalter
Brieföffner
Taschenstifte
: empfiehlt :
A. Meier
Rüdesheim.

A. Meier's Buchdruckerei

Anfertigung
sämtlicher
Drucksachen
für
Geschäfte und Private.

Rüdesheim am Rhein
Kirchstrasse.